

Es lebt die sozialdemokratische Mitte Deutschlands
Eine Analyse der Wahlergebnisse vom 27. September 2009
Von Gerd Eisenbeiß

Das Wahlergebnis verstehe ich so, dass die sozialdemokratische Politik der Großen Koalition mit fast 60% - bei erwartbaren Verlusten nach links und rechts – gute Zustimmung gefunden hat, also auch weiterhin mehrheitsfähig ist:

Es ist nach der Wahl zum Deutschen Bundestag immer wieder gerätselt worden, warum die SPD so schlecht abgeschnitten hat. Dabei ist die Antwort recht einfach: **Deutschlands Mitte denkt sozialdemokratisch**, hielt aber Angela Merkel für die beste Repräsentantin dieser Politik. Weit **unterschätzt wurde die Skrupellosigkeit der FDP**, die von konservativen Kreisen wohl als ein wünschenswertes, „rechtes“ Korrektiv für die als zu sozialdemokratisch eingeschätzte Union gewählt wurde.

So gab und gibt es einen breiten Konsens darüber, dass die von Angela Merkel geführte Große Koalition weitestgehend eine sozialdemokratische Politik der Mitte betrieben hat. Das Wahlergebnis zeigt doch eindeutig, dass diese Politik von konservativen CDU/CSU-Wählern nur unter Zähneknirschen hingenommen worden ist – am Wahltag mit spürbaren Verlusten zur FDP, die insbesondere den Wirtschaftskonservativen als klar definierte Interessenpartei der Wohlhabenden die bessere Alternative schien – und sei es nur, um die Union wieder nach rechts zu ziehen, wo sie unter Angela Merkel, Friedrich Merz und dem „Professor aus Heidelberg“ vor 2005 stand.

Ebenso erging es der SPD mit ihrer guten sozialdemokratischen Politik der Mitte gegenüber der links-populistischen PDS, nachdem sich diese des begnadeten Redners Lafontaine sowie einiger Gewerkschafter inclusive einiger kommunistischer Restgruppen im Westen bemächtigt hat. Notwendige Entscheidungen wie

- die sanfte, allmähliche Erhöhung des Rentenalters auf 67 oder
- die Zusammenführung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, die einen fairen Ausgleich zwischen den Arbeitenden und den Empfängern von Leistungen darstellten und die bürokratischen Spielchen zwischen Kommunen (für Sozialhilfe zuständig) und der Bundes-Agenur (für Langzeit-Arbeitslose zuständig) beendete, trieben spiegelbildlich zur konservativen Seite linkere Wähler in die Arme der „Linken“.

Dass Große Koalitionen an die Extreme, also an die beiden „Klassenparteien“ FDP und „Linke“ verlieren würden, ist Schulbuchweisheit, kann also niemanden überraschen. Überraschend war, dass die SPD für die gemeinsam mit der Union gestaltete sozialdemokratische Politik und das hervorragende Krisenmanagement vor allem des Finanzministers weniger Stimmen als die Union bekam – die Union also für ihren Schwenk auf sozialdemokratischen Kurs in der Mitte belohnt wurde und die Verluste an die FDP teilweise ausgleichen konnte. Offenbar hat es die Kanzlerin geschafft, die gute gemeinsame, aber eben sozialdemokratische Politik (man denke dabei auch an Frau von der Leyen!) als ihre Leistung zu reklamieren und dabei Glaubwürdigkeit zu gewinnen.

Ein gutes Beispiel ist die zunächst von der SPD verkündete „**Rettung**“ von OPEL; für die, die ganz positiv fanden, besetzte nach ganz kurzer Zeit die Kanzlerin das

Thema. Wer die Rettungsversprechen für falsch hielt, dürfte – ausweislich der Wahlergebnisse an den Standorten – oft genug zur FDP gewechselt sein. Demgegenüber haben Sozialdemokraten unterhalb der Regierungsebene keinerlei **Stolz auf ihre Führungs- und Gestaltungsleistung** im Interesse von Deutschlands Zukunft gezeigt, sondern sich für das Richtige eher geschämt; die Wähler mussten den Eindruck gewinnen, dass die SPD-Mitglieder „eigentlich“ wollten, was Lafontaine und die „Linke“ formulieren.

Dabei gab es allen Grund auf sozialdemokratischen Stolz:

- auf einen Bundeskanzler, der den amerikanischen Irak-Abenteuern nicht folgte, während seine Nachfolgerin versuchte, Deutschland sogar eine Mitschuld am Irakkrieg zu geben und sich bei GWB auf widerlichste Weise anbot.
- Wer hat die SPD eigentlich gezwungen, die richtige Agenda 2010 auf „Hartz IV“-Probleme verkürzt zu diskutieren?
- auf den Patrioten Müntefering, der die überfällige, weil demographisch zwingend logische Erhöhung des Rentenalters durchgesetzt hat, weil er Deutschlands Zukunft im Blick hatte und keine Parteibrille bevorzugte.
- ein international zu Recht hoch angesehener Finanzminister, der auch in Deutschland in der Gesellschaft mehr anerkannt wurde als von seiner eigenen Partei. In Anbetracht der Weltfinanzkrise dürfte Peer Steinbrück möglicherweise der beste Finanzminister aller deutschen Bundesregierungen gewesen sein.
- ein respektable Außenminister
- ein tüchtiger Umweltminister, der allerdings innerhalb der Partei wie auch von außen ob eines Opportunismusverdachts misstrauisch beäugt wurde, heute aber ein bisher fehlerfreier, guter Parteivorsitzender ist
- ein tolle Gesundheitsministerin, die die zweitschwierigste Aufgabe der Großen Koalition hatte, völlig gegensätzliche Konzepte der Koalitionspartner in eine Politik zu gießen.

Gerade an Ulla Schmidt lässt sich auch zeigen, was die SPD versäumt hat: sie musste zwar Kompromisse wie den Zusatzbeitrag mit beschließen, hat aber nicht mit aller Deutlichkeit klar gemacht, dass sie auch einen solchen Festbeitrag grundsätzlich ablehnt und diese Missgeburt nur des Kompromisses wegen mitgetragen hat.

Konsequenz und Perspektive

Wen diese Analyse überzeugt, der muss alles daran setzen, die breite inhaltliche Zustimmung zu sozialdemokratischer Politik wieder zu Kreuzen für die SPD machen. Die **Chance** ist vorhanden, weil die Kanzlerin der schwarz-gelben Koalition erkennbar von den Positionen der Mitte zugunsten von Kientel-Begünstigung und erratisch bis absurden FDP- und CSU-Wünschen abrückt, ja, dass sie zu Positionen zurückkehrt, die sie selbst vor 2005, also vor ihrer sozialdemokratischen Wende, eingenommen hat; sie entpuppt sich als Chamäleon. Der Koalitionsvertrag zeigt in der Sozial-, Steuer- und Gesundheitspolitik, welche Chancen die SPD mit einer verantwortlichen Politik hat, jene Wähler zurück zu gewinnen, die Angela Merkel irrtümlicherweise mit der **guten Politik der letzten Jahre** identifizieren. Diese Wähler suchen schon bald eine neue Heimat für ihre Stimme und werden zugleich abgestoßen reagieren, wenn ihnen von der „Linken“ unrealistische Radikalismen entgegenschallen

oder die SPD in der Mitte der Gesellschaft nicht mehr als staatstragend und verantwortlich wahrgenommen wird.

Dass die Union das ähnlich als Gefahr sieht, ist an der Verzögerung konkreter Festlegungen vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen abzulesen; auch die jetzt vor dem Mai zu beschließende Steuersenkung wird das nicht ändern, weil wieder nicht gesagt werden wird, wo gespart wird. Die SPD bringt das nur insofern unter Druck, als die SPD Steuervergünstigungen zum jetzigen Zeitpunkt eigentlich für unverantwortlich halten muss und hält; Gabriels diese Woche bekundete Kooperationsbereitschaft ist der Versuch, das Steuersenkungsversprechen nicht zur Waffe gegen die SPD werden zu lassen.

Würde sich die SPD auf einen Wettlauf mit der „Linken“ einlassen, wer hasserfüllter schimpfen und schönere Geschenkpakete versprechen kann, wäre an eine Rückgewinnung der sozialdemokratischen Mitte nicht zu denken.

Auf der rechten Seite dürfte es auch weiterhin eine gewisse Ernüchterung der Unionsflüchtlinge bei der FDP geben, insbesondere wenn der Finanzminister hart bleibt, schuldentreibende Steuergeschenke zu verhindern, d.h. es gibt ja zur Zeit schon eine gewisse Rückwanderung von Wählern von der FDP zur Union (außer in Bayern, wo die egoistisch-chaotische CSU an die FDP verliert). Die Union gewinnt aber nicht an Zustimmung, sondern verliert nach links – etwas überraschend an die GRÜNEN – jedenfalls in der Bilanz der „Sonntagsfragen“.

Auf die Bundestagswahl 2013 hin dürften die Chancen noch besser werden; denn diese Koalition verschießt das wenige Pulver, das sie sich auch noch leihen muss, zu Beginn der Legislaturperiode; 2012 wird sie die grundgesetzliche Verschuldungsgrenze zwingen, die Opfer und Abstriche planerisch konkret auszuweisen! Und vor einem Wahlkampf, bei dem **Union und FDP für Kopf- und Herdprämien** kämpfen und die SPD (hier nur einige Ideen)

- für den Grundsatz „Leistung muss sich lohnen“, also für Mindestlöhne
- für die Weiterentwicklung des noch bestehenden **solidarischen Sozialsystems**
- für eine Abschöpfung leistungsloser Einkommen, insbesondere eine praktikable **Erbschaftssteuer** (nach Treuhandmodell)
- für einen Ausbau des **Bildungswesens**, von KITAs über Schulen bis Universitäten (alles frei von Gebühren) Einige Vorschläge für linke Initiativen der SPD
- Rechtsschutzfonds für „**Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**“
- „**Absturz-Versicherung**“ gegen zu schnelles Hartz IV

kämpft, sollte keinem Sozialdemokraten bang sein.

Lieb wäre zumindest mir, wenn sich die SPD überall einheitlich für eine **Stärkung des Bundes** (und der Kommunen) gegenüber den Ländern einsetzen würde; denn unser Föderalismus ist verlogen und in weiten Gebieten schädlich, insbesondere in der Bildungspolitik, aber auch bei zu vielen Rechten des Bundesrates.

Und beim **Klimaschutz** wäre mir wichtig, dass Deutschland und EU voranzugehen, aber sich immer wieder vergewissern, dass andere auch wirklich folgen. Solitär radi-

kaler Klimaschutz wird wegen der Kosten soziale Gegenkräfte wecken, die nicht unterschätzt werden dürfen.

Gerd Eisenbeiß, Bonn, 19.März 2010

Letzte Umfragen:

	CDU/CSU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
Bund 17.-19.März (3 gemittelt)	34,7	8,7	24,7	15	10,7
NRW 19. März	37	8	33	12	6
BT-Wahl 2009	33,8	14,6	23	10,7	11,9
NRW LT-Wahl	44,8	6,2	37,1	6,2	

53% wollen keine neue schwarz-gelbe Koalition nach der nächsten Wahl ; nur 27% dafür. 41% pro Große Koalition, 34 % dagegen.